



Jahresbericht 2016

Unser Einsatz für eine lebendige Demokratie

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

| Impressum

**LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.**

Am Justizzentrum 7
50939 Köln
Tel: 0221 / 99 57 15 – 0
Fax: 0221 / 99 57 15 – 10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

V.i.S.d.P.:
Sebastian Meyer

Grafik und Layout:
blickpunkt x, Köln

Fotos:
Titelseite:
dbb / 2017, Collectif Krasnyi /
LobbyControl, LobbyControl, ZDF

© für die nicht anders
ausgewiesenen Fotos:
LobbyControl

Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Druck auf 100 % Recyclingpapier

LobbyControl wurde 2016 unterstützt von:
www.olin-ggmbh.de



Inhalt

| | |
|---|----|
| LobbyControl – Das sind wir | 4 |
| LobbyControl wirkt – unsere Erfolge 2016 | 5 |
| Lobbykontrolle: Schwarz-Rot blockiert | 6 |
| Lobbyismus an Schulen: Verweis für Amazon | 8 |
| TTIP, CETA & Co: Einseitige Handelsabkommen für Konzerne verhindern | 9 |
| Licht für den EU-Lobbydschungel | 10 |
| Neuer Schwerpunkt: Reichtum und Einfluss | 11 |
| Finanzbericht | 12 |
| LobbyControl in den Medien | 14 |
| Ausblick 2016 | 15 |

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde von LobbyControl,



während ich Ihnen diese Zeilen schreibe, fahre ich gerade vom LobbyControl-Halbjahrestreffen nach Hause. Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied habe ich einen Tag lang mit dem LobbyControl-Team, angereist aus Köln und Berlin, zusammengessen und diskutiert: An welchen Punkten setzen wir an, um weiterhin für eine bessere Demokratie zu streiten?

Keine Frage: Wir haben uns mächtige Gegner ausgesucht. Zahllose Lobbyist/innen, große Konzerne und einflussreiche Akteure beeinflussen und gefährden unsere demokratischen Entscheidungen, ob in Berlin oder Brüssel. Doch wenn ich auf das zurückliegende LobbyControl-Jahr schaue, stelle ich wieder einmal fest: Wir können daran etwas ändern, Schritt für Schritt.

2016 gelang es uns, dass die Bundesregierung das Thema „Reichtum und Einfluss“ erstmalig in ihren Armuts- und Reichtumsbericht aufnahm und zumindest als Problem anerkannte. Wir sorgten dafür, dass die Diskussion um Lobbyismus an Schulen an Fahrt aufgenommen hat und Amazon seine Imagewerbung in Form eines Lesewettbewerbs an Grundschulen einstellen musste. Wir tourten durch mehrere europäische Hauptstädte, um über die Gefahren von TTIP und CETA für die Demokratie aufzuklären, starteten ein Lobby-ABC in unserem Onlinelexikon Lobbypedia, führten mehr als 4.000 Jugendliche und Erwachsene auf den Spuren der Lobbyist/innen durch Berlin und brachten die Debatte für das längst überfällige Lobbyregister mit einem eigenen Gesetzentwurf voran.

All diese kleinen Schritte sind möglich, weil sich viele dafür engagieren. Und ganz besonders wichtig sind Sie: Ohne Ihr Engagement – als Spender/in oder Fördermitglied, bei politischen Aktionen und Kampagnen oder bei Gesprächen vor Ort – könnten wir nicht über ein erfolgreiches Jahr 2016 berichten. Ihr Interesse, Ihre Unterstützung, Ihre Bereitschaft, sich mit uns für eine bessere Demokratie einzusetzen, sind die Basis für alle Erfolge, die wir gemeinsam erringen.

Seien Sie auch weiterhin dabei – unsere Demokratie braucht unseren gemeinsamen Einsatz!

Mit herzlichem Dank,

Ihr Dr. Thomas Dürmeier
Ehrenamtliches Mitglied im Vorstand, Hamburg

| LobbyControl – Ein starkes Team mit wachsendem Netzwerk

2016 haben wir rund 1.000 neue Fördermitglieder gewonnen und unser Team um einen neuen Pressesprecher erweitert. Unser nun 13 Personen zählendes Team wird unterstützt von zwei Praktikant/innen, vier Hilfskräften, sechs LobbyScouts, sowie zahlreichen Menschen, die unsere Arbeit auf vielen Wegen und unterschiedliche Weise unterstützen. Zusammen mit unseren ehrenamtlichen Vorstandmitgliedern sind wir alle LobbyControl!

| Der ehrenamtliche Vorstand

Dr. Dieter Plehwe ist Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied von LobbyControl. Er arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Dr. Thomas Dürmeier ist ebenfalls Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied von LobbyControl. Er promovierte an der Universität Kassel über die politische Macht transnationaler Unternehmen.

Heike Dierbach ist Diplom-Psychologin sowie ausgebildete Journalistin und war Pressesprecherin bei Greenpeace. Sie ist seit 2013 dabei und arbeitet als freie Autorin mit dem Schwerpunkt Gesundheit.

| Das Geschäftsführungsteam

Heidi Bank ist Politikwissenschaftlerin und von Anfang an mit dabei. Nach einer einjährigen Elternzeit hat sie seit Dezember 2016 wieder die politische Co-Geschäftsführung (in Teilzeit) inne.

Imke Dierßen ist Politikwissenschaftlerin und war Abteilungsleiterin bei Amnesty International. Im November 2015 übernahm sie die politische Co-Geschäftsführung von Uli Müller.

Dr. Ludwig Leijten ist Mathematiker und gehört seit 2013 zum Geschäftsführungsteam. Er hat Organisation und Finanzen im Blick.



| Das Berliner Team

Dr. Christina Deckwirth ist Politikwissenschaftlerin und seit 2011 dabei. Sie leitet thematische Rechercheprojekte und betreut unsere lobbykritischen Stadtführungen in Berlin.

Timo Lange ist Politikwissenschaftler und ebenfalls seit 2011 im Team. Er ist für den Bereich Lobbyregulierung in Deutschland verantwortlich und pflegt unsere Kontakte zu Politik und Bündnispartnern.

Sebastian Meyer ist Politikwissenschaftler und Journalist. Er kümmert sich seit September 2016 als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um unsere Außenwirkung.

Annette Sawatzki organisiert seit September 2015 Aktionen im Internet und auf der Straße und hat außerdem die Parteienfinanzierung im Blick.



Sebastian Meyer

| Das Kölner Team

Dr. Max Bank ist Wirtschaftshistoriker und konzentriert sich auf die EU-Handelspolitik.

Lejla Bubic ist seit Juni 2011 für Mitglieder- und Spenderbetreuung, Organisation und Finanzen zuständig.

Felix Kamella ist Politikwissenschaftler und seit 2011 dabei. Er ist für das Onlinelexikon Lobbypedia und für Kampagnen gegen Lobbyismus an Schulen verantwortlich. Seit Juli 2017 ist er für ein Jahr in Elternzeit.

Nina Katzemich ist Politikwissenschaftlerin und setzt sich seit Mai 2009 für mehr Transparenz und Schranken für Lobbyismus in der EU ein.

Ulrich Müller ist Politikwissenschaftler und Mitgründer. Er hat sich Ende 2016 aus der Geschäftsführung zurückgezogen und widmet sich seitdem verstärkt Recherchen.

Ronald Pabst kam 2014 von „Mehr Demokratie“ zu uns und ist als Fundraiser für unsere unabhängige Finanzierung zuständig.

Unser Team in Köln

| LobbyControl wirkt – Unsere Erfolge 2016

Bei den Themen Lobbyismus und Einflussnahme haben wir uns als einer der zentralen Ansprechpartner für Bürger/innen, Journalist/innen und Politiker/innen etabliert. 2016 deckten wir Missstände auf, prägten politische Debatten und trieben politische Reformen voran. Hier stellen wir ausgewählte Höhepunkte unserer Arbeit vor:



2016 setzten wir uns mit vielen Menschen für eine andere Handelspolitik ein.

- Der Bundestag diskutierte erstmals in seiner Geschichte über **Lobbyismus an Schulen** – eines unserer Kernthemen der vergangenen Jahre. Drei Bundesländer haben einen von uns kritisierten Amazon-Wettbewerb an Schulen inzwischen sogar verboten.
- Ende November deckte Frontal21 auf, dass sich Lobbyisten für mehrere tausend Euro exklusiven Zugang zu SPD-Spitzenpolitikern kauften. Wir begleiteten den „Rent-a-Sozi“-Skandal mit Recherchen und waren in der öffentlichen Debatte über intransparente Parteienfinanzierung und Sponsoring ein wichtiger Impulsgeber. Erste Konsequenz: Die SPD reagierte mit einem Gesetzentwurf, mit dem intransparente Lobby-Geldflüsse an die Parteien eingeschränkt werden sollen.
- Mit einer Studie zur regulatorischen Kooperation und einer Speakers‘ Tour durch sechs europäische Städte machten wir auf Lobbyismus-Schwachstellen bei den umstrittenen **Handelsabkommen TTIP und CETA** aufmerksam. Gleichzeitig mobilisierten wir als Teil eines breiten Bündnisses hunderttausende Menschen gegen die Abkommen – sicher ein Grund dafür, dass TTIP und CETA nicht so durchgesetzt werden konnten, wie es sich mächtige Konzernlobbyist/innen auf beiden Seiten des Atlantiks gewünscht hatten.
- Zahlreiche Medien griffen im Dezember unsere Recherchen zum **Armuts- und Reichtumsbericht** auf und meldeten, dass die Regierung brisante Aussagen zu den Themen Lobbyismus, Reichtum und Einfluss gestrichen hatte. Vertuschen wollte die Regierung im Wesentlichen die Ergebnisse einer Studie, wonach sich der Bundestag bei seinen Entscheidungen hauptsächlich an den Interessen der Reichen orientiert. Auch dank unserer Arbeit erfuhr dieser Befund eine große Aufmerksamkeit.
- Das **EU-Parlament** setzte im Dezember 2016 endlich zwei unserer jahrelangen Forderungen um: Die Abgeordneten dürfen sich nun nur noch mit **registrierten Lobbyist/innen** treffen und nicht mehr nebenbei selbst als Lobbyist/in arbeiten. Ein großer Erfolg – Nachbesserungen sind aber Pflicht. Mit unserer im Mai vorgestellten Studie zu Anwaltskanzleien als
- **Bewegung beim Lobbyregister:** Im Mai waren wir als Sachverständige bei einer Bundestagsanhörung zum Thema geladen, im Sommer stellten wir gemeinsam mit *abgeordnetenwatch.de* einen Gesetzentwurf dazu online. Rund 400 Bürger/innen kommentierten den Text und machten Verbesserungsvorschläge. Diese flossen in den Anfang 2017 vorgestellten Gesetzentwurf ein, mit dem der jahrelange Stillstand in Sachen Lobbytransparenz aufgebrochen werden soll.
- Unsere **Aufklärungsarbeit durch die Lobbypedia und unsere lobbykritischen Stadtführungen** wird weiter sehr gut angenommen. 2016 machten wir insgesamt 171 Führungen, ein Plus von knapp zehn Prozent im Vergleich zu 2015.
- **Immer mehr Unterstützer:** 2016 legten wir bei den Mitgliedern erneut zu, diesmal um stolze 32 Prozent auf 4.127. Damit können wir unsere Arbeit langfristig planen und gleichzeitig auf aktuelle Entwicklungen flexibel reagieren.

Lobbyisten haben wir bereits dokumentiert, wer zum Beispiel dringend in den Fokus geraten müsste.



Annette Sawatzki kommentiert im ZDF Morgenmagazin den „Rent-a-Sozi“-Skandal.

| Lobbykontrolle: Schwarz-Rot blockiert

LobbyControl spricht bei einer Bundestagsanhörung – die Unionsabgeordneten gehen raus oder telefonieren. Die Parteien kommen beim Lobbyregister nicht voran – wir liefern. Die SPD bietet ihr Spitzenpersonal für mehrere tausend Euro an – und die Lobbyisten buchen sich ein paar Minister. Die Lobbyismusdebatte 2016 im Schnelldurchlauf.

Mehr war wohl nicht drin. Nachdem die Große Koalition 2015 mit der Einführung von Karenzzeiten für die Kanzlerin, Minister/innen sowie Parlamentarische Staatssekretär/innen den allzu raschen Wechsel von Politiker/innen in Lobbyjobs unterbunden hatte, ließ man es 2016 in Sachen Lobbykontrolle deutlich ruhiger angehen. Vor allem die Union kehrte zu ihrer bekannten Blockadehaltung zurück. Aber auch der SPD war das Thema offensichtlich nicht wichtig genug, um ernsthaft die Initiative zu ergreifen.

Lobbyist/innen nachzudenken, ging die Bundesregierung einen anderen Weg: Sie kämpfte weiter einseitig für die Interessen der Autoindustrie und kehrte die eigene politische Verantwortung etwa für den Milliarden Schaden bei Cum/Ex unter den Teppich.

Mehr zum Diesel- und Cum/Ex-Skandal finden Sie im aktuellen Lobbyreport 2017, den Sie auf www.lobbycontrol.de kostenlos bestellen können.

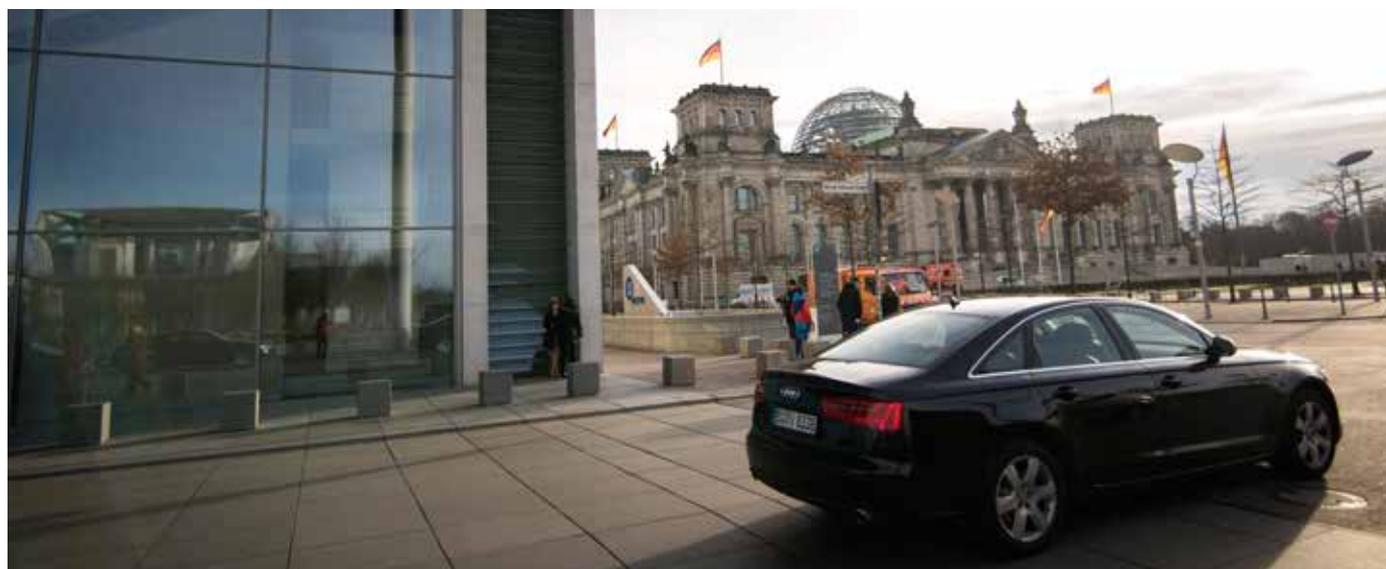
| Aussitzen statt anpacken

Dabei hätte es genug zu tun gegeben: Der Diesel-Abgasskandal verdeutlichte abermals, welche negative Konsequenzen die allzu engen Verflechtungen zwischen Politik und Autolobby für Umwelt und Verbraucher/innen haben. Der Cum/Ex-Skandal belegte eindrücklich, welchen Schaden intransparente und einseitige Einflussnahme anrichten kann – in diesem Fall gehen Schätzungen von mehreren Milliarden Euro aus, die findige Banken und Investoren aus der Staatskasse entnahmen. Eine bessere Lobbykontrolle hätte das vermutlich verhindern können.

Doch statt den Abgasskandal oder den milliardenschweren Steuerbetrug zum Anlass zu nehmen, grundlegend über die Macht von

| Angehört und abgelehnt

Eindrücklich zeigte sich diese Haltung bei den Diskussionen über ein verpflichtendes Lobbyregister. Bei der auf Oppositionsinitiative hin zustandekommenen Anhörung im Bundestag waren wir als Sachverständige geladen. Wir erlebten Eigentümliches: Die Unionsabgeordneten stellten Fragen, verließen bei den Antworten der Sachverständigen aber teilweise den Raum oder telefonierten. Wir hatten nicht den Eindruck, dass sie sich ernsthaft mit unseren Argumenten auseinandersetzen wollten. So war es vielleicht nur konsequent, dass Unionsvertreter Forderungen kritisierten, die weder wir noch DIE LINKE oder Bündnis 90/Die Grünen überhaupt erhoben hatten. Auch die SPD gab ein schwaches Bild ab, wahrscheinlich aus Rücksichtnahme auf ihren Koalitionspartner. In der



Lobbyismus ist in Deutschland weiterhin intransparent und schlecht reguliert.



„Rent-a-Sozi“: Justizminister Heiko Maas (2. v. l.) trifft sich mit Lobbyisten beim Italiener.

anschließenden Parlamentsdebatte sprachen sich die Sozialdemokrat/innen zwar vorsichtig für ein Lobby-Transparenzgesetz aus. Doch erwartungsgemäß beerdigte die Große Koalition das Thema dann kurze Zeit später auch mit den Stimmen der SPD.

DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen steckten in den letzten Jahren ebenfalls nicht genug Arbeit in das Thema. Die Folge: Trotz jahrelanger Debatte existierte kein Gesetzentwurf für ein Lobbyregister, auf dessen Grundlage man ernsthaft Vor- und Nachteile diskutieren konnte.

Ein Gesetzentwurf aus der Zivilgesellschaft

Daher entschlossen wir uns, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Gemeinsam mit abgeordnetenwatch.de und der Anwältin Katja Pink erarbeiteten wir einen Gesetzentwurf für ein Lobby-Transparenzgesetz. Einen ersten Entwurf stellten wir der Öffentlichkeit im Sommer 2016 vor, arbeiteten anschließend mehr als 400 Anregungen und Kommentare ein und präsentierten schließlich im Februar 2017 einen überarbeiteten Gesetzentwurf. Damit wollten wir erstens zeigen, wie es gehen kann, und zweitens die Bundestagsfraktionen anregen, endlich selbst tätig zu werden.

Endlich etwas Bewegung in der Debatte

Tatsächlich stellte die SPD in der Folge einen eigenen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister vor. Inhaltlich war der Entwurf gar nicht mal übel. Er griff auch einige Punkte aus unserem Entwurf auf, wie etwa das Verbot von Erfolgshonoraren für Lobbyist/innen. Werden diese nämlich vor allem dann gut bezahlt, wenn sie die Interessen ihres Auftraggebers erfolgreich durchsetzen, liegt es in der Natur der Sache, dass die Neigung steigt, zu fragwürdigen oder illegitimen Methoden zu greifen.

Doch so erfreulich es war, dass nun ein Konzept für ein Lobbyregister vorlag, so unwahrscheinlich war es zugleich, dass daraus bis zur Bundestagswahl etwas werden würde. Die Union ließ weiterhin nicht mit sich reden. Das muss der SPD auch klar gewesen sein. Daher kam der Verdacht auf, dass die Gesetzesinitiative der SPD mehr dazu gedacht war, öffentlichkeitswirksam auf den Lobbykandal zu reagieren, in den die Sozialdemokraten ab November 2016 taumelten: „Rent-a-Sozi“.

Aus „Rent-a-Rüttgers“ nichts gelernt

Bereits Jahre zuvor hatte es Aufregung um gekaufte Termine unter anderem mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers gegeben („Rent-a-Rüttgers“). Diese hatte die CDU im Wahlkampf unter dem Deckmantel des Parteisponsorings angeboten. Doch trotz breiter öffentlicher Kritik, unter anderem von Bundestagspräsident Lammert und Kanzlerin Merkel, geschah nichts. Die Quittung für diese Untätigkeit kam nun in Form der „Rent-a-Sozi“-Affäre gute sechs Jahre später. Recherchen des ZDF-Magazins „Frontal 21“ deckten auf, dass eine SPD-Tochterfirma, die Agentur NWMD, Lobbyist/innen unter dem Titel „vorwärts-Gespräche“ Zugang zu vertraulichen Gesprächen mit SPD-Spitzenpolitiker/innen anbot. Kostenpunkt: 3.000 bis 7.000 Euro.

Nach Bekanntwerden der Vorgänge wurden der zuständige Mitarbeiter der SPD-Tochterfirma entlassen und die Geschäftsführung ausgewechselt. Das eigentliche Problem, das Fehlen von Regeln für sogenanntes Parteisponsoring, blieb unangetastet. Unter dem Druck der Debatte reagierte die SPD schließlich mit dem erwähnten Gesetzentwurf, der neben einem Lobbyregister auch Regelungen für Sponsoring vorsieht. Inhaltlich bleibt dieser Teil deutlich unter unseren Erwartungen.

Dieses Versäumnis ist uns Verpflichtung: Mit unserer Kampagne zur Bundestagswahl 2017 setzen wir uns für schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung, ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine Legislative Fußspur ein.



2016 setzten wir uns erfolgreich gegen Lobbyismus an Schulen ein.

| Schulverweis für Amazon

Seit mehr als fünf Jahren setzen wir uns mit viel Energie gegen Lobbyismus an Schulen ein. Dass das Thema 2016 im Bundestag sowie in den Landtagen in NRW und Hessen debattiert wurde, freut uns daher sehr. Denn es ist auch ein Ergebnis unserer Arbeit.

Unsere Erwartung an die Debatte im Bundestag war trotzdem nicht sehr groß. Denn die Erfahrung zeigt: Lobbyismus an Schulen wird häufig kleingeredet und die Verantwortung den Schulen zugeschoben. Umso mehr überraschten uns die teils deutlichen Worte aus den Reihen von DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Alle drei Fraktionen konstatierten dringenden Handlungsbedarf. Unter den Forderungen war das Monitoring von Unterrichtsmaterialien sowie eine stärkere Sensibilisierung für das Thema in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer/innen.

Grundlage für die Debatte war ein Antrag der Linksfraktion, der sich größtenteils mit unseren Analysen deckt: Lobbyismus an Schulen ist ein reales Problem und muss dringend eingedämmt werden. Denn die Instrumentalisierung von Schulen für Geschäftsinteressen untergräbt öffentliche Bildungsziele wie eigenständige Meinungsbildung und Kritikfähigkeit. Leisten können sich diese Formen der Einflussnahme zudem nur besonders finanzstarke Akteure. Wer

nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, dessen Botschaft droht unterzugehen.

| Amazon fliegt von der Schule

Erfreulich war daher auch, dass mehrere Bundesländer den Amazon-Schulwettbewerb „Kindle Storyteller Kids“ 2016 verboten. Bereits im Vorjahr hatten wir aufgedeckt, wie Amazon die Kreativität von Schulkindern für seine Geschäftsinteressen instrumentalisiert. An mehr als 300 Grundschulen im Umfeld seiner Deutschland-Standorte hatte der wegen schlechter Arbeitsbedingungen und Steuerflucht in der Kritik stehende Onlinehändler den Wettbewerb durchgeführt und so für unkritische Artikel in der Lokalpresse, den direkten Kontakt zu Bürgermeistern und allgemeine Imagepflege gesorgt. Viele Landespolitiker folgten unserer Kritik und wollten das nicht länger hinnehmen.

Das Verbot offenbart jedoch auch ein strukturelles Problem: Drei Jahre lang konnte Amazon seinen Wettbewerb ungehindert durchführen – obwohl er gegen das Schulgesetz verstößt. Die Schulministerien haben die Verantwortung den Schulen zugeschoben, sie aber nicht ausreichend für die Themen Meinungsmache und Marketing sensibilisiert. Die Politik muss daraus Konsequenzen ziehen und sich aktiv für einen kritischeren Umgang mit außerschulischen Akteuren einsetzen. Beispielsweise sollten zukünftige Lehrkräfte bereits in der Ausbildung für die Gefahren dieser Einflussnahme sensibilisiert werden.

TTIP, CETA & Co.: Einseitige Handelsabkommen für Konzerne verhindern!

Eine Studie zur regulatorischen Kooperation, eine Speakers' Tour, eine denkwürdige Preisverleihung und der Protest gegen TTIP: Auch 2016 engagierten wir uns vielfältig für eine bessere Handelspolitik.

2016 setzten wir unsere Arbeit zur EU-Handelspolitik fort und wiesen auf die Gefahren für die Demokratie in Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA & Co. hin. Unsere maßgeblichen Beiträge waren (a) die Kritik an der Intransparenz der Verhandlungen, (b) umfassende Analysen der regulatorischen Kooperation in TTIP und CETA sowie (c) die Aufdeckung und Skandalisierung des einseitigen Lobbyeinflusses auf die Verhandlungen. Damit schufen wir analytische Grundlagen für die handelspolitische Bewegung der letzten Jahre und brachten uns darüber hinaus gleichzeitig in die Organisation der Proteste selbst ein.

Immer wieder kritisierten wir EU-Kommission und Bundesregierung für ihre Geheimniskrämerei. Bestes Symbol dafür: die sogenannten TTIP-Leseräume, in denen Abgeordnete die Verhandlungsdokumente zwar einsehen konnten, es ihnen aber gleichzeitig verboten wurde, diese zu kopieren oder anschließend darüber zu reden.

Kritik an regulatorischer Kooperation

Anfang 2016 veröffentlichten wir eine Studie, die anhand der regulatorischen Kooperation zwischen der EU und den USA belegte, wie Lobbyist/innen bereits in der Vergangenheit auf informeller Ebene Einfluss auf Gesetze nahmen und somit die Entscheidungshoheit von Parlamenten untergraben wurde. Es folgten Auswertungen von geleakten Dokumenten der TTIP-Verhandlungen zu regulatorischer Kooperation und Analysen zum Einfluss von Konzernlobbyist/innen bei CETA.



In einer Speakers' Tour im April des Jahres sind wir gemeinsam mit amerikanischen Expert/innen aus der Zivilgesellschaft durch Europa getourt, um unsere Erkenntnisse Parlamentarier/innen und der Öffentlichkeit vorzustellen.

Kritik an einseitigem Lobbyeinfluss: TTIP-Lobby Award

Gemeinsam mit europäischen Partnern deckten wir sechs Fälle von besonders dreister Lobbyarbeit bei den TTIP-Verhandlungen auf und nominierten diese im September für einen Award. Mehr als 44.000 Bürger/innen stimmten europaweit ab. Sieger: Der Europäische Pestizidverband ECPA für seine Versuche, über TTIP Regeln bei hormonell wirksamen Chemikalien, Pestizidrückständen in Lebensmitteln und bienenschädlichen Insektiziden zu verwässern. ECPA reagierte auf eine Art und Weise, die tief blicken lässt: Der Verband verweigerte die Preisannahme und wollte uns stattdessen Geld überweisen – verbunden mit der gönnerhaften Empfehlung, damit die „wirklichen Probleme im EU-Entscheidungsverfahren zu bekämpfen“.

Nicht nur inhaltlich, auch praktisch waren wir in der Bewegung gegen die umstrittenen Handelsabkommen aktiv. Neben der Unterstützung der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA waren wir auch im Trägerkreis der Großdemonstrationen gegen TTIP am 17. September vertreten.

Was haben wir erreicht?

2016 haben wir die TTIP- und CETA-Verhandlungen kritisch begleitet und damit den Druck für eine demokratische und transparente EU-Handelspolitik weiter erhöht. Wir bleiben dran und werden auch 2017 EU-Handelskommissarin Malmström und der Bundesregierung auf die Finger schauen.

Wir protestierten im September mit mehr als 50.000 Menschen in Köln gegen die EU-Handelspolitik.

| Licht für den EU-Lobbydschungel

Eine Studie zu Anwaltsfirmen als Lobbyakteuren, eine verbesserte Rechercheplattform sowie zahlreiche Analysen und Kommentare: Unsere Arbeit hat 2016 nicht nur gezeigt, wo sich die EU reformieren muss, sondern auch Veränderungen angestoßen.

2016 war ein ereignisreiches Jahr im Bereich EU-Lobbyregulierung: Wir machten gemeinsam mit unserem europäischen Netzwerk Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU) viel Druck und erreichten Überraschendes. So zum Beispiel den Beschluss der EU-Kommission im Oktober, die Karenzzeiten für EU-Kommissar/innen auf zwei Jahre (für den Kommissionspräsidenten auf drei) zu erhöhen. Wie nötig strengere Regeln sind, hatte der im Juli verkündete Wechsel von Ex-Kommissionspräsident Barroso zur US-Investmentbank Goldman Sachs verdeutlicht.

Bewegung auch beim Transparenzregister: Im Herbst präsentierte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Reform des Registers, der Potenzial hat, aber auch deutliche Schwachstellen. Mit diesem Vorschlag würden zum Beispiel die meisten Beamten von Kommission und Ministerrat weiterhin unregistrierte Lobbyist/innen treffen können. Erst im Mai hatten wir mit unserer Studie „Anwälte als Lobbyisten – ein undurchsichtiges Geschäft“ dokumentiert, dass Kanzleien trotz eindeutiger Lobbyaktivitäten überhaupt nicht im Register auftauchen. Klar ist: Das Thema wird uns auch 2017 beschäftigen.

| EU-Parlamentarier verbieten sich Lobby-Nebenjobs

Einen Teilerfolg erzielten wir auch beim EU-Parlament: Nachdem wir die Abgeordneten ein Jahr lang mit E-Mail-Aktionen, Pressebeiträgen und Beschwerden beim Parlamentspräsident über bestehende Nebentätigkeiten „bearbeitet“ hatten, beschloss das Parlament im Dezember tatsächlich eine Reform seiner Geschäftsordnung. Wichtigste Änderung: Ab 2017 dürfen Abgeordnete keine Lobby-Nebenjobs mehr machen, zudem nur noch registrierte Lobbyist/innen treffen. Zwar müsste genauer definiert werden, was überhaupt als Lobbyjob gilt. Dennoch hat das EU-Parlament hier einen ersten wichtigen Schritt gemacht, an dem sich auch der Bundestag orientieren sollte.



Foto: David Iltif / CC-BY-SA 3.0



Foto: ALTER-EU

Protestaktion zum Wechsel von Barroso zu Goldman Sachs.

Gemeinsam mit Corporate Europe Observatory (CEO) bauten wir unser Recherchewebseite „lobbyfacts.eu“ aus. Nun kann man Treffen mit der EU-Kommission problemlos recherchieren und die Entwicklung von Lobbyausgaben und anderen Daten im historischen Vergleich analysieren.

| Sündenbock EU-Kommission

Mit unseren Analysen zum Dieseltgate zeigten wir, dass die Bundesregierung die deutsche Autoindustrie auch in Brüssel schützt sowie strengere Kontrollen und Sanktionen bei Verstößen gegen Messwerte über das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, den Europäischen Rat, blockiert. Das zeigt, wie richtig unsere Forderung nach mehr Transparenz beim Rat ist. Bislang läuft es oft so: Viele EU-Mitgliedsländer unterstützen unbequeme oder fragwürdige Entscheidungen – schieben dann die Verantwortung aber allein auf die EU-Kommission. So werden die wahren Verantwortlichkeiten vertuscht und die EU zum Sündenbock gemacht. Wir wollen deshalb erreichen, dass der Rat Teil des EU-Transparenzregisters wird.

Die EU-Parlamentarier stimmten Ende 2016 für ein Verbot von Lobby-Nebenjobs.

In unserer Demokratie soll nicht der Geldbeutel entscheiden, wer wie viel Einfluss auf die Politik hat.



| Neuer Schwerpunkt: Reichtum und Einfluss

Seit 2015 arbeiten wir vermehrt zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Einflussnahme. Im Fokus stehen dabei vor allem die besonderen Einflussmöglichkeiten von Reichen und deren Lobbyorganisationen. 2016 sorgten unsere Interventionen für viel Wirbel. Ein guter Anfang: Die Frage, welche politischen Auswirkungen gesellschaftliche Machtungleichgewichte haben, gehört aus unserer Sicht ganz oben auf die Agenda.

Klarer Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2016 war der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Dazu wurden wir erstmals Mitglied in einem Beraterkreis der Regierung – eine Herausforderung für uns, die wir gerne annahmen. Wir setzten uns dafür ein, dass das Thema Reichtum und Einfluss mit ausreichend Forschung fundiert wurde und die Probleme ungleichen politischen Einflusses klar benannt werden. Unser Einsatz zeigte Wirkung: Das federführende Arbeitsministerium gab eine Studie in Auftrag, die wissenschaftlich bewies, was viele ahnten: Der Bundestag orientiert sich bei seinen Entscheidungen vor allem an den Interessen der Wohlhabenden. Andere Bevölkerungsschichten haben das Nachsehen. Ein brisantes Ergebnis, das aufrütteln sollte. Das tat es auch, wenn auch anders als erwartet.

| Kanzleramt schießt Eigentor

Als wir die erste Version des Armuts- und Reichtumsberichts zugespielt bekamen, nahmen wir mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass die Ergebnisse dieser brisanten Studie ausführlich dargestellt wurden. Doch wir hatten uns zu früh gefreut: Bei der Abstimmung zwischen den Ministerien setzte das Kanzleramt den Rotstift an, kürzte die Ergebnisse der Studie und strich obendrein ein Kapitel zum Thema Lobbyismus. Die „Süddeutsche Zeitung“ griff unseren Hinweis auf, das Medienecho war groß. Damit hatten wir immerhin ein anderes Ziel erreicht: eine breite Debatte über Reichtum und ungleiche Einflussmöglichkeiten. In der im März 2017 veröffentlichten Version des Berichts blieben die

Kürzungen zwar bestehen. Das Lobbykapitel wurde aber wieder aufgenommen und enthält zudem einen kritischen Satz zu fehlender Lobbytransparenz und ungleichen Ausgangsbedingungen für Interessenvertretungen. Auch das war ein Erfolg unserer Arbeit.

| Lobby der Superreichen

Den Einfluss der Reichen konnten wir auch bei der Reform der Erbschaftssteuer im Herbst dokumentieren. Im Fokus: die intransparente Stiftung Familienunternehmen. Diese vermeintliche Interessenvertretung des Mittelstands entpuppt sich nämlich bei genauem Hinsehen als Lobby der superreichen Unternehmenseliten und Familiendynastien. Die Stiftung macht keine Angaben über ihre Finanzierung. Allerdings sitzen im 33-köpfigen Stiftungskuratorium überwiegend superreiche Einzelpersonen oder Vertreter von großen Unternehmensfamilien wie Haniel (Metro), Henkel oder Theo Müller („Müllermilch“). Außerdem weist die Stiftung lediglich rund 400 Förderer aus. Dies entspricht einer kleinen Gruppe von 0,014 Prozent aller geschätzten 2,8 Millionen Familienunternehmen in Deutschland. Zu dieser Stiftung erarbeiteten wir auch eine Station für unsere lobbykritische Stadtführung, die seit der Saison 2017 zum Einsatz kommt.

Der Arbeitsbereich ist für uns noch immer neu, gewinnt aber an Profil. Für 2017 werden wir unsere Arbeit zum Armuts- und Reichtumsbericht abschließen und weiter zu diesem Themenfeld recherchieren.

| Finanzbericht 2016

Das Jahr 2016 ist auch aus finanzieller Sicht positiv gelaufen. Wir schlossen 2016 dank unserer vielen Mitglieder und Spender/innen mit einem positiven Resultat von 50.809 Euro ab. Unsere vielen Aktionen und Recherchen sowie unsere Öffentlichkeitsarbeit sind nur mit Ihrer Unterstützung möglich: Wir möchten uns ganz herzlich bei allen, die uns als Fördermitglied, Spenderin oder Spender unterstützt haben, bedanken!

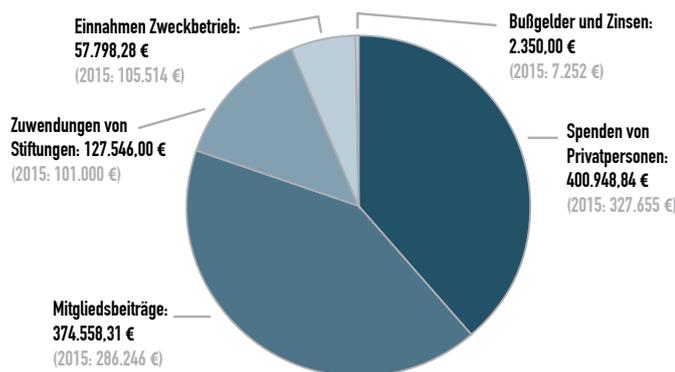
| Einnahmen

LobbyControl hatte 2016 Einnahmen von insgesamt 963.201,43 Euro, ungefähr 15 Prozent mehr als 2015. Verglichen mit der Planung bei der Mitgliederversammlung 2015 nahmen wir bei allen Einnahmeposten fünf bis zehn Prozent mehr ein, als damals veranschlagt.

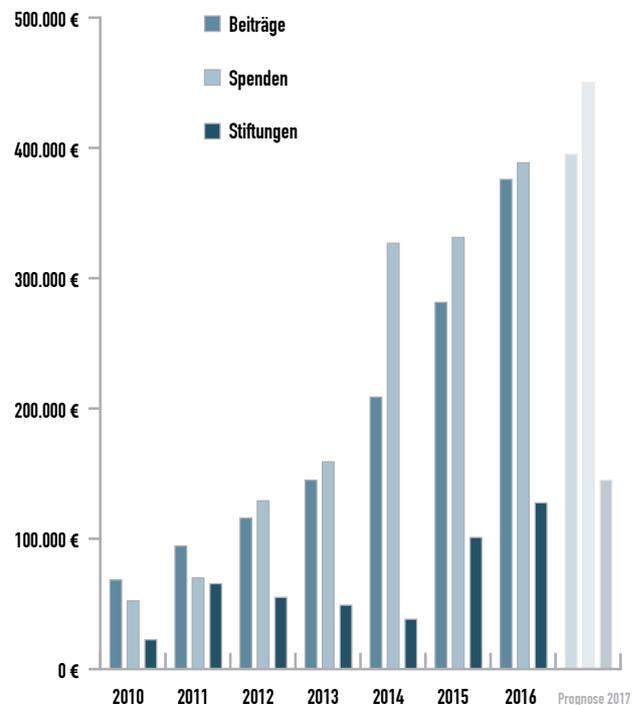
Seit vielen Jahren tragen die Mitglieder und Spender/innen den Großteil unserer Einnahmen. 2016 betrug dieser Anteil 80 Prozent. Darüber hinaus führen wir immer mehr Stadtführungen durch. Dies bringt uns nicht nur erfreuliche Zusatzeinnahmen (2016: 32.500 Euro), sondern erfüllt auch unseren Satzungszweck „Bildung“ und hilft uns, viele neue Kontakte zu knüpfen. Der Verkauf des „LobbyPlanets“ ging erwartungsgemäß zurück, nachdem wir diesen 2015 neu aufgelegt hatten. Die institutionelle Förderung machte insgesamt 13 Prozent unserer Einnahmen aus (mehr Details unten).

Im Vergleich zu 2015 sind unsere Mitgliedsbeiträge stärker gestiegen als unsere Spenden. Das hat damit zu tun, dass wir uns erfolgreich bemüht haben, treue Spender/innen als Fördermitglieder zu werben. In den anderen Diagrammen stellen wir die Einnahmen 2016 sowie die Aufteilung der Spenden nach Spendenhöhe und Spendenzahl dar. Wie auch in den vorangegangenen Jahren zeichnen die Kleinspender/innen (bis 50 Euro) gemeinsam für mehr als 25 Prozent des Spendenaufkommens verantwortlich. Der Anteil von Spenden zwischen 100 und 500 Euro nahm im Vergleich zu 2015 zu.

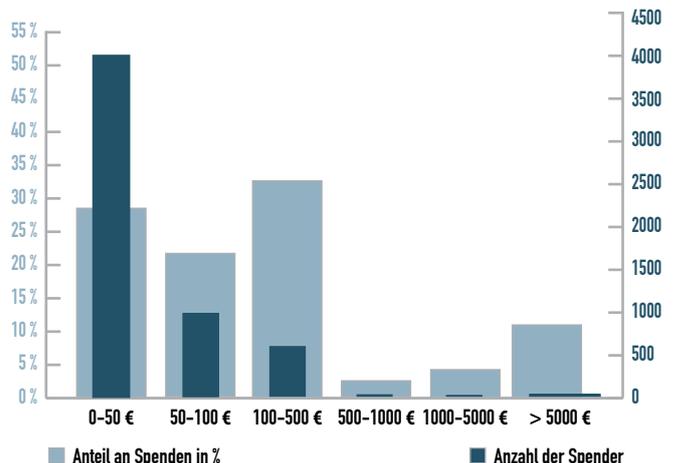
Einnahmen 2016



Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens



Spenden 2016 nach Spendenhöhe





Protestaktion beim CDU-Parteitag in Essen im Dezember 2016.

2016 erhielten wir 47.546 Euro von unserem langjährigen Förderer, der Olin gGmbH (www.olin-ggmbh.de). Zudem unterstützte uns Campact e. V. – Kampagnen für eine lebendige Demokratie (campact.de) – im Rahmen einer dreijährigen Kooperation mit 80.000 Euro. 200 Euro gab es zudem vom Verein Lichtung Zentrum aus Österreich. Von Privatpersonen bekamen wir 28.500 Euro von Frank Hansen und 10.020 Euro von Detlef Overbeck. An dieser Stelle noch mal ganz herzlichen Dank für diese großzügige Unterstützung!

Ausgaben

Mit den höheren Einnahmen sind auch unsere Ausgaben auf 912.392,68 Euro angestiegen. Mit 594.000 Euro stellen die Personalkosten (inkl. die Honorare für die Stadtführungen) den weitaus größten Teil. Ende 2016 waren wir insgesamt 13 hauptamtliche Mitarbeiter/innen und fünf Hilfskräfte (das entspricht ungefähr elf Vollzeitäquivalenten) sowie fünf Stadtführer/innen.

Die meisten anderen Ausgabeposten sind mit den Mehreinnahmen mitgewachsen. Wir hatten 2016 im Vergleich zu 2015 (als wir den „LobbyPlanet“ veröffentlichten und unsere 10-Jahres-Feier veranstalteten) natürlich weniger Kosten für Publikationen und Veranstaltungen. Überdurchschnittlich gestiegen im Vergleich zu 2015 sind die Kosten für Büroinventar, da wir ein neues Büro in Berlin bezogen haben und dieses einrichten mussten.

| Ausgaben (Euro) | 2016 | 2015 | Δ in % |
|--|----------------|----------------|--------|
| Personal | 594.090 | 493.422 | 20,4% |
| Büro-Miete | 41.033 | 34.426 | 19,2% |
| Büro-Ausstattung und -Material | 20.851 | 10.187 | 104,7% |
| Kommunikation | 22.064 | 20.186 | 9,3% |
| Reisekosten | 15.544 | 13.602 | 14,3% |
| Aktionen, Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit | 24.328 | 90.909 | -73,2% |
| Fundraising und Mitgliederbetreuung | 145.884 | 112.165 | 30,1% |
| Sonstiges | 48.599 | 40.041 | 21,4% |
| Summe Ausgaben | 912.393 | 814.938 | |

Ergebnis

Wir haben 2016 mit einem positiven Ergebnis von 50.808,75 Euro abgeschlossen. Die Buchhaltung 2016 wurde im Frühjahr 2017 von unserer Kassenprüferin und einem unabhängigen Steuerberater ordnungsgemäß geprüft, wobei das Ergebnis bestätigt wurde.

Zusammen mit dem Übertrag von 38.000 Euro aus 2015 haben wir nun einen Überschuss von fast 89.000 Euro. 25.000 Euro davon übertrugen wir in die Rücklagen. Diese benutzen wir, um Liquiditätsengpässe (z. B. im Sommer, wenn unsere Einnahmen in der Regel sinken, die Ausgaben aber gleich bleiben) aufzufangen und uns für juristische Auseinandersetzungen abzusichern. Die übrigen 64.000 Euro nehmen wir als Übertrag nach 2017 mit.

Ausblick

Für 2017 planen wir das erste Mal seit längerem mit einem Defizit, und zwar in der Höhe unseres Übertrags aus 2016. Unsere Personalkosten werden in diesem Jahr weiter steigen (weil eine Kollegin aus der Elternzeit zurückgekommen ist und unser neuer Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2017 das ganze Jahr arbeitet), zudem werden wir im Wahljahr 2017 Mehrausgaben für unsere Kampagne zur Bundestagswahl haben.

Auf der Einnahmenseite erwarten wir zwar Mehreinnahmen, aber keinen mit 2016 vergleichbaren Zuwachs von Fördermitgliedern und daher auch keinen vergleichbaren Zuwachs von Förderbeiträgen.

Dass wir am Ende von 2017 voraussichtlich keinen Überschuss aufweisen werden, ist für uns neu, aber nicht schlimm. Besser wäre es natürlich, unsere Prognose stellte sich als falsch heraus – zum Beispiel, weil Sie oder andere Spender/innen uns großzügiger als geplant unterstützen.

Wir möchten auch in Zukunft unabhängig von institutionellen Spendern bleiben und zum Beispiel die auslaufende Zusammenarbeit mit Campact durch Privatspender/innen auffangen. Dies würde uns helfen, unsere ambitionierten Pläne (siehe Seite 15) in die Tat umzusetzen. Wir würden uns freuen, Sie dabei weiterhin an unserer Seite zu wissen!

| Gefragter Gesprächspartner: LobbyControl in den Medien

LobbyControl liefert unabhängige Recherchen und Analysen. Und das wirkt. Täglich kontaktieren uns Bürger/innen und Journalist/innen, bitten um Einschätzungen, Bewertungen oder Recherchetipps. Ausdruck fand das im Jahr 2016 in wöchentlich rund neun bis zehn Medienberichten sowie einer wachsenden Anhängerschaft in den Sozialen Medien.



Foto: C. Miang / LobbyControl

Imke Dierßen im Interview

sere Analysen und Kommentare auf großes Interesse und wurden zigtausendfach geteilt und verbreitet.

Ebenfalls auf großes Echo stießen unsere kritischen Analysen zur EU-Handelspolitik. „Die Lobbyistenträume sind längst Wirklichkeit“ titelte „Spiegel Online“ im Januar anlässlich unserer mit Corporate Europe Observatory veröffentlichten Studie zur „regulatorischen Kooperation“ bei TTIP. Auch die „tageszeitung“ griff die Studie ausführlich auf und warnte, die regulatorische Kooperation zwischen Brüssel und Washington

Ob Fernsehen, Radio, Print- oder Onlinemedien: Auch im Jahr 2016 war LobbyControl medial wieder sehr präsent. Insgesamt gab es 485 Presseberichte mit LobbyControl-Erwähnung, darunter knapp 100 Beiträge, Kommentare oder Interviews in Leitmedien wie den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern, Deutschlandradio, dem „Spiegel“, der „Süddeutschen Zeitung“ oder der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Aber auch die Sozialen Medien gewinnen für uns an Bedeutung und ermöglichen es uns immer stärker, in direkten Austausch mit unseren Unterstützer/innen und der allgemeinen Öffentlichkeit zu treten. Auf Facebook wuchs die Zahl unserer „Follower“ um 28 Prozent auf rund 25.000, beim Kurznachrichtendienst Twitter folgten uns Anfang 2016 22.400 Menschen, ein Plus von knapp zehn Prozent im Vergleich zu 2015.

Unseren Themen Lobbyismus an Schulen und intransparente Parteienfinanzierung konnten wir viel Gehör verschaffen. Auch mit unserer Kritik an dem Abgasskandal und mehreren Seitenwechsellern waren wir in den Medien präsent – etwa als bekannt wurde, dass der ehemalige EU-Kommissionspräsident Barroso zur Investmentbank Goldman Sachs wechselte.

Der Höhepunkt kam am Ende des Jahres, als das ZDF-Magazin „Frontal21“ den „Rent-a-Sozi-Skandal“ aufdeckte. Von Anfang an waren wir für viele Medien wichtiger Ansprechpartner und Impulsgeber. Marietta Slomka vom „heute-journal“ des ZDF lud unsere Kollegin Christina Deckwirth zum Interview in die Sendung. Annette Sawatzki erläuterte den Skandal unter anderem im „Morgenmagazin“ des ZDF, aber auch in den Sozialen Medien stießen un-

ter könne Lobbyisten Tür und Tor öffnen und dem Gemeinwohl schaden. „Dass das keine Panikmache ist, belegen die TTIP-Kritiker mit Beispielen aus der Vergangenheit“, so die „taz“.

Im Dezember hatten wir die „Süddeutsche Zeitung“ darauf aufmerksam gemacht, dass das Kanzleramt brisante Passagen zum Thema Reichtum und Einfluss aus dem Armuts- und Reichtumsbericht streichen ließ. Nach dem ersten „SZ“-Bericht griffen zahlreiche Medien das Thema auf – und verhalfen den gestrichenen Aussagen insofern doch noch zu der Aufmerksamkeit, die sie aus unserer Sicht auch verdient hatten.



Foto: ZDF

Christina Deckwirth wird im „heute-journal“ des ZDF zum „Rent-a-Sozi“-Skandal befragt.

Bleiben Sie auf dem Laufenden: Abonnieren Sie unseren Newsletter unter www.lobbycontrol.de/newsletter



Imke Dierßen und Timo Lange bei der Vorstellung des Lobbyreports 2017.

| Ausblick 2017

2017 steht im Zeichen der Bundestagswahl. Den Auftakt machten unsere Bilanz zur Politik der Großen Koalition und ein Forderungskatalog für mehr Lobbykontrolle an die nächste Bundesregierung. Auch in der EU setzen wir uns für eine strenge Lobbyregulierung ein und begleiten die Handelspolitik weiterhin kritisch.

| Bundestagswahlkampagne

Mit der Vorstellung unseres gemeinsam mit abgeordnetenwatch.de entwickelten Gesetzentwurfs für ein verpflichtendes Lobbyregister gaben wir Anfang des Jahres der Debatte um mehr Lobbytransparenz neuen Schwung. Mit unserem im Juni veröffentlichten Lobbyreport 2017 zogen wir eine lobbykritische Bilanz von vier Jahren Schwarz-Rot und zeigten auf, welche Versäumnisse die nächste Bundesregierung dringend abarbeiten muss. Im Wahlkampf treten wir für ein Lobbyregister, eine Legislative Fußspur und ein transparentes Parteisponsoring ein. Dazu haben wir eine Petition gestartet und setzen auf Aufklärungsarbeit via Recherchen, Videos und vielen Gesprächen. Wir werden zudem dafür sorgen, dass über die millionenschwere verdeckte Wahlkampfhilfe für die AfD kritisch berichtet wird.



Motto unserer Bundestagswahlkampagne: *Wir wollen endlich wissen, was drin steckt!*

| Reichtum und Einfluss

Sie dominieren Unternehmen und Stiftungen, sind gut vernetzt und haben dadurch erheblichen Einfluss auf die Politik. Grund genug, den Einfluss von Vermögenden auf die Politik auch 2017 kritisch zu beleuchten. Dazu haben wir bereits im ersten Halbjahr 2017 die Debatte um den fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung begleitet. Nun wollen wir mit einem Appell an Angela Merkel und Martin Schulz dafür sorgen, dass der Themenkomplex Reichtum und Lobbyismus endlich stärker in den Vordergrund rückt.

| Blickpunkt EU: Handelspolitik und Lobbykontrolle

Nach wie vor verhandelt die EU Handelsverträge hinter verschlossenen Türen. Das muss sich ändern. Mit unseren Recherchen und Studien dokumentieren wir einseitige Lobbyeinfüsse und undemokratische Verfahren wie die regulatorische Kooperation. Im Herbst begleiten wir gemeinsam mit europäischen und kanadischen Bündnispartnern den CETA-Ratifizierungsprozess kritisch mit einer Speakers' Tour.

Zudem machen wir gemeinsam mit unserem europäischen Netzwerk ALTER-EU weiter Druck für eine Reform des EU-Transparenzregisters. Zur Hälfte der Amtszeit der EU-Kommission unter Präsident Juncker zogen wir auch hier Bilanz und untersuchten die Nähe der Kommissare zu Unternehmenslobbyisten. Im Herbst legen wir den „Lobbyplanet Brüssel“ unseres Partners Corporate European Observatory in deutscher Sprache neu auf. Dann kann jede/r ausführlich nachlesen, wer sich im Brüsseler Lobbydschunzel bewegt.

| Lobbyismus an Schulen

Wichtig bleibt unsere Aufklärungsarbeit mit den Berliner Stadtführungen und dem neuen Lobby-ABC in der Lobbypedia. Auch der Kampf um schärfere Regeln gegen Lobbyist/innen im Klassenzimmer geht weiter. Mehr als 20.700 Menschen setzten sich gemeinsam mit uns für ein strengeres Werbeverbot an hessischen Schulen ein. Im Herbst legen wir mit einer aktualisierten Infobroschüre nach – Pflichtlektüre und Handlungsleitfaden für alle lobbykritischen Lehrerinnen, Schüler und Eltern.

- +++ LobbyControl wächst weiter +++
- +++ Erfolg: Schulverweise für Amazon +++
- +++ TTIP & Co: Sand im Getriebe +++
- +++ Gesetzentwurf für ein Lobbyregister +++
- +++ EU-Lobbyreformen: Und sie bewegt sich doch +++
- +++ Immer mehr lobbykritische Stadtführungen +++
- +++ Neuer Schwerpunkt: Reichtum und Einfluss +++

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

Blieben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- über Facebook oder Twitter auf dem Laufenden bleiben

| Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, bieten wir unseren Lobbyreport zum freien Download auf unserer Webseite an. Unterstützen Sie Studien wie diese und unsere weitere Arbeit mit einer Spende! Schon 5 Euro helfen – private Spenden sichern unsere unabhängige Arbeit. Vielen Dank!

Spendenkonto: IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200, Bank für Sozialwirtschaft, BIC BFSWDE33XXX
Online Spende: www.lobbycontrol.de/spenden

Als gemeinnütziger Verein stellen wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung aus.

Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungsgelder.
Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.lobbycontrol.de/initiative/>.